

ORDENTLICHER PARTEITAG FÜR KLIMARESOLUTION

Die Klimakrise ist real. Was fehlt, sind mutige Entscheide, um die Klimaerwärmung einzudämmen. Wenn wir weitermachen wie bisher, werden wir die Klimaziele frühestens in hundert Jahren erreichen. Seit Monaten gehen deshalb weltweit Zehntausende Menschen auf die Strasse. Die SP Aargau fordert mit den Klimastreikenden sofortiges Handeln, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Eine entsprechende Resolution des Fachausschusses Energie&Klima wurde am ordentlichen Parteitag angenommen. Wir fordern von Regierung und Parlament eine konsequente Klima- und Energiepolitik, die konkret aufzeigt, wie die Schweiz Schritt für Schritt, Jahr für Jahr, den gesteckten Zielen näherkommt. Dabei dürfen die Klimaziele nicht auf den Schultern der Schwächeren und der künftigen Generationen erreicht werden, vielmehr braucht es sozialverträgliche Massnahmen.

Der Umbau der Energiewirtschaft ist die grosse Herausforderung der Schweiz – die CO₂-freie Energiewirtschaft muss öffentliche Aufgabe, Teil des Service Public sein. Mit den elf Milliarden, die die Schweiz heute jährlich für Öl und Gas ausgibt, lassen sich die nachhaltigen Energietechnologien gewinnbringend aufbauen und betreiben. Diese Investitionen schaffen gute Arbeitsplätze in der lokalen Wirtschaft und helfen so dem sozialen Ausgleich und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Der Text der Resolution ist auf der Website der SP Aargau aufgeschaltet: www.sp-aargau.ch/positionen/resolutionen

Gabriela Suter von Aarau ist SP-Grossrätin, Präsidentin der SP Kanton Aargau und Mitglied des Fachausschusses Energie&Klima. Sie kandidiert für den Nationalrat.

Für die Menschen und ihre Bedürfnisse

Cédric Wermuth von Zofingen ist SP-Nationalrat. Er kandidiert 2019 auch für den Ständerat.



Wenn diese Ausgabe des links erscheint, dürfte ich bei gut 60 Aargauer Familien oder Freundeskreisen zum "Triff den Wermuth" eingeladen worden sein (als diese Zeilen getippt wurden, waren es rund 40). Dann haben wir von der SP in dieser Kampagne bereits mit mehr als 1000 Menschen das direkte Gespräch über unsere Ziele und Vorstellungen geführt. Dazu kommt die sehr erfolgreich verlaufende Quartierumfrage im ganzen Kanton. Das ist ein enormer Erfolg. Im Herbst wollen wir diese Erfahrung noch einmal steigern. An mindestens zehn Veranstaltungen in allen grösseren Orten laden wir die Menschen noch einmal zum Gespräch auf Augenhöhe ein, diesmal natürlich auch mit den Kandidatinnen und Kandidaten für die Nationalratswahlen.

Unsere Aufgabe als gewählte und zukünftige Parlamentarierinnen und Parlamentarier besteht nicht primär darin, die Menschen mit ausgefeilten Lösungsvorschlägen platt zu machen. Sondern ihren Geschichten zuerst einmal zuzuhören. Die Dinge, über die die Menschen bisher mit mir sprechen wollen, variieren manchmal regional sehr stark. Da ist die Geschichte der jungen Pflegefachfrau, die ihre Patientinnen wegen des Personalmangels nicht mehr würdig behandeln kann, was ihr den Schlaf raubt. Da ist der Angestellte einer grossen Autofirma, der nicht verstehen kann, warum seine Chefs alternative Antriebsmodelle geradezu sabotieren. Da ist der 62jährige, dem eine Schweizer Traditionsfirma Tage vor dem 20jährigen Firmenjubiläum gekündigt hat – ohne Sozialplan. Sie alle eint die Sorge um eine gemeinsame Feststellung: dass unsere Politik zunehmend von kurzfristigen, kalten, renditegetriebenen Lobbyinteressen dominiert wird und sie selber immer weniger im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Der Eindruck ist leider alles andere als falsch.

1959 Lobbymandate und -verbindungen zählt die Organisation Lobbywatch im aktuellen Parlament. Lange nicht alle davon sind verwerflich, hinter vielen aber stehen milliardenschwere Interessen und gut bezahlte Verwaltungsratsmandate und Beiträge. Genau das zu vermitteln, darum wird es bis zum 20. Oktober immer und immer wieder gehen: Wenn wir eine Gesellschaft wollen, in der die Menschen und ihre Bedürfnisse wieder im Zentrum stehen, dann brauchen wir andere Mehrheiten. Genau diesen Vorschlag macht die SP, wenn sie in diesem Wahlkampf auf Klima, Gleichstellung, Arbeit für alle und bezahlbare Krankenkassenprämien setzt. Die Zeit ist reif für mehr Sozialdemokratie – packen wir es gemeinsam an!

Die Zeit ist reif für mehr Sozialdemokratie.

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
182 · Ausgabe AG · Juni 2019

SP

KOMMENTAR



Klimawandel zwischen 1972 und 2019

«Unsere gegenwärtige Situation ist so verwickelt und so sehr Ergebnis vielfältiger menschlicher Bestrebungen, dass keine Kombination rein technischer, wirtschaftlicher oder gesetzlicher Massnahmen eine wesentliche Besserung bewirken kann. Ganz neue Vorgehensweisen sind erforderlich, um die Menschheit auf Ziele auszurichten, die anstelle weiteren Wachstums auf Gleichgewichtszustände führen. Sie erfordern ein aussergewöhnliches Mass von Verständnis, Vorstellungskraft und politischem und moralischem Mut. Wir glauben aber, dass diese Anstrengungen geleistet werden können, und hoffen, dass diese Veröffentlichung dazu beiträgt, die hierfür notwendigen Kräfte zu mobilisieren.»

Das ist kein Statement zur Klimadiskussion im Wahljahr 2019, sondern ein Auszug aus «Grenzen des Wachstums», dem Bericht des Club of Rome aus dem Jahr 1972. 1977 bin ich der SP beigetreten. Die Notwendigkeit, in der Umwelt- und Klimapolitik energisch Gegensteuer zu geben, war schon damals zentrales Thema in unserer Partei.

Heute versuchen verschiedene Parteien, kurz vor den Wahlen ihre Positionen in der Klimapolitik zu finden, weil ihnen 47 Jahre nicht gereicht haben, mutige Entscheide zu treffen. Dass sie sich deshalb in Widersprüche verheddern und unglaubwürdig bleiben, ist klar.

Die SP ist seit rund einem halben Jahrhundert Umwelt- und Klimapartei, und sie wird es auch in Zukunft sein. Nicht mit einer Klimapolitik, die dem Zeitgeist hinterherläuft, sondern mit Strategien, die 2019 leider noch nötiger sind als 1972.

Urs Hofmann von Aarau ist SP-Regierungsrat und 2019 Aargauer Landammann.

ASYLPOLITIK

Unsinnige Hürden – verfehlte Politik

Rolf Schmid von Wil/Mettauertal ist Präsident der SP Bezirk Laufenburg und Mitglied der Geschäftsleitung SP Aargau. Er kandidiert für den Nationalrat.



Vor drei Jahren habe ich zum ersten Mal den Treffpunkt der IG Asyl in Laufenburg besucht. Freiwillige hatten dort als Antwort auf die Skepsis in der Bevölkerung einen Begegnungsort geschaffen, um geflüchteten Menschen den Einstieg in den Alltag zu erleichtern. Seitdem hat sich mein Leben merklich verändert. Die Freiwilligenarbeit dient mir heute als Ventil gegen die Ohnmacht, die ich als Folge der zwiespältigen Asylpolitik der letzten Jahre spüre. Nach Auslandseinsätzen auf der Balkanroute habe ich mein Arbeitspensum reduziert, um ein Sportprogramm aufzubauen, einen interkulturellen Treffpunkt zu betreuen und mit Geflüchteten nach Ausbildungsplätzen zu suchen. Dem anfänglichen Zweckoptimismus folgte Ernüchterung. Tatsächlich verläuft die Integration nur schleppend. In den meisten Fällen sind jedoch nicht mangelnde Bemühungen der Geflüchteten dafür verantwortlich, sondern die Hürden als Resultat einer verfehlten Politik.

Junge Geflüchtete hätten dank dem Bildungssystem der Schweiz gute Chancen auf ein Leben ohne Sozialhilfe. Wer sich jedoch für eine Lehre entscheidet und mehrere Jahre harter Ausbildung auf sich nimmt, erhält kaum mehr Geld als jemand, der einfach herumsitzt. Um möglichst schnell der Sozialhilfe zu entfliehen, entschlossen sich schliesslich viele für unqualifizierte Arbeit, obschon diese mangels Mindestlöhnen nur selten eine existenzsichernde Bezahlung garantiert. Aus Angst vor dem Stellenverlust und der neuerlichen Abhängigkeit wehren sich Betroffene auch nicht gegen prekäre Arbeitsbedingungen. Letztlich gerät auch die kulturelle und sprachliche Integration ins Stocken. Es fehlen die Ressourcen, um an entsprechenden Angeboten teilzunehmen. Vor unseren Augen wird ein neues Prekariat geschaffen, verursacht durch eine Politik, die nicht mehr als ein Machtspiel der Neoliberalen ist.

Eine weitere Herausforderung ist das Abschieben von Verantwortungen seitens der Behörden. Als Beamter ist mir bewusst, dass Gesetze den Handlungsspielraum vorgeben, doch aktuelle Erfahrungen verraten eine unsolidarische Systematik. Der Kanton gewährt Gemeinden das Recht, bei Erfüllen der Aufnahmequote weitere Zuzüge zu verweigern. In einem konkreten Fall könnte ein junger Afghane im Sommer seine Ausbildung beginnen und unweit vom Arbeitsplatz auf dem Hof einer Familie ein ruhiges Zimmer beziehen. Die Gemeinde legte aber ihr Veto ein, und dies, obwohl sie aufgrund der geltenden Regelung gar keine Kosten zu tragen hätte.

Politik auf dem Buckel von Menschen, so wie ich sie seit meinem ersten Besuch im Treffpunkt regelmässig erlebe. Zu viele Akteure reden mit, ohne sich einmal mit einer geflüchteten Person unterhalten zu haben. Menschen wie Andreas Glarner oder Martina Bircher entscheiden über die Realität dieser Menschen. Das macht mich wütend. An der Realität von Menschen mitzuwirken, ist Privileg und Verantwortung zugleich, für die ohne Lobby einzustehen, hingegen eine Pflicht. Auch wenn unser Engagement kurzfristig und gemessen am Schicksal von allen Betroffenen wenig zu bewegen scheint: Für Einzelne den Unterschied zu machen ist es absolut wert!

Vor unseren Augen wird ein neues Prekariat geschaffen, verursacht durch eine Politik, die nicht mehr als ein Machtspiel der Neoliberalen ist.

SCHWIERIGER ARBEITSMARKT FÜR ÄLTERE UND JÜNGERE
ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER

Was läuft noch, wenn es nicht mehr läuft?

Carole Binder-Meury von
Magden ist SP-Gemein-
derätin. Sie kandidiert
für den Nationalrat.



Vor kurzem habe ich in einer Lokalzeitung von der persönlichen Berufssituation eines 59-jährigen arbeitslosen ehemaligen Postbeamten gelesen. Seit zwei Jahren sucht er vergebens nach einer neuen Arbeit und bekommt trotz besten Qualifikationen und Umschulungen keine Chance mehr. Er unternimmt alles, damit er nicht von der Sozialhilfe abhängig wird.

Zudem habe ich in den letzten Jahren in unserer unmittelbaren Nachbarschaft weitere Beispiele miterlebt, die zeigen, wie schwierig es wird, nachdem man seine Stelle verloren hat. Die Reintegration in den Arbeitsmarkt wieder zu „schaffen“, besonders, wenn man nicht mehr zur jungen Generation gehört. Alle Geschichten gleichen sich insofern, als trotz grossen Anstrengungen und besten Kompetenzen der Erfolg eines Neueinstiegs leider oft lange ausbleibt.

Bei meiner Arbeit als Lehrperson begleite und unterstütze ich Jugendliche in ihrem Berufseinstiegsprozess. Dabei habe ich im-

**Es braucht eindeutig
mehr Verantwortung
der Wirtschaft.
Rezession oder
Wirtschaftskrise
würden die Situa-
tionen der Arbeit-
suchenden noch viel
mehr belasten.**

mer wieder erfahren, welche zum Teil sehr hohen Anforderungen an sie gestellt werden, damit sie überhaupt eine Gelegenheit zur Entdeckung der Arbeitswelt bekommen. Eine komplette Bewerbung mit Motivations schreiben und den dazugehörigen speziellen Multichecks (Kosten Fr. 100.–) wird zum Teil von den Betrieben bloss für eine Schnupperlehre eingefordert. Dabei wollen die Berufsuchenden in diesem Alter ja erst mal herausfinden, was überhaupt zu ihnen passen könnte.

Bei all diesen Beispielen läuft doch etwas falsch! Wie ist es möglich, dass bestqualifizierte Arbeitsuchende mit enormem Wissen und Berufserfahrung in unserer Wirtschaft nicht mehr gebraucht werden und dass Jugendlichen auf der Suche nach ihrem beruflichen Weg immer wieder Steine in den Weg gelegt werden?

Weshalb beklagt die Arbeitgeberseite, dass es an Nachwuchskräften fehlt?

Wenn es selbst sehr leistungswillige und erfahrene Arbeitnehmer_innen schwer haben, wie sollen sich denn dann die „Schwächeren“ auf dem Arbeitsmarkt durchsetzen können?

Es braucht eindeutig mehr Verantwortung der Wirtschaft. Nicht nur Zahlen zählen! Nachhaltigkeit heisst auch Verantwortung übernehmen in guten Zeiten. Was läuft noch, wenn es nicht mehr läuft? Rezession oder Wirtschaftskrise würden die Situationen der Arbeitsuchenden noch viel mehr belasten. Ein Lösungsansatz aus meiner Sicht wäre beispielsweise die Bildung eines Fonds, in welchen die Firmen einen Beitrag einbezahlen. Damit könnten Weiterbildungen und Umschulungen finanziert werden, damit diese für alle Arbeitnehmenden erschwinglich würden. Mit einem solchen Auffangnetz hätten alle die Möglichkeit, in schwierigen Phasen ihre Berufstätigkeit den neuen Anforderungen anzupassen und so eher wieder eine neue Arbeit zu finden: eine Win-Win-Situation. Zudem würden niederschwellige Einstiegsmöglichkeiten in die Berufslehre die Berufsfindung sicher vereinfachen, und mehr junge Menschen könnten die Arbeitswelt entdecken und erfahren, dass sich Anstrengung, Einsatz und Durchhaltewille noch immer lohnen!

NEU IM GROSSEN RAT



Werner Erni

links.ag: Du wurdest nach Peter Kollers Rücktritt aus dem Kantonsparlament am 7. Mai 2019 als Grossrat vereidigt. Woher kommst Du beruflich und politisch?

Werner Erni: Nach der Berufslehre zum Elektroniker habe ich mich berufsbe- gleitend zum diplomierten Techniker HF weitergebildet. Politisiert wurde ich wäh- rend meiner Lehrzeit durch die Anti-AKW- Bewegung Kaiseraugst. Später habe ich rund 15 Jahre in der örtlichen Kulturkom- mission mitgewirkt und bin Mitinitiant des Bild- und Tonarchivs Möhlin. Dazu war ich in verschiedenen Gemeindegremien für Ortsplanung und Verkehr aktiv. Meinen Ausgleich finde ich im Musizieren und in der Natur.

Welche politischen Themen sind Dir ein Anliegen? Wofür möchtest Du Dich im Grossen Rat konkret einsetzen?

Aktuell bin ich aktiv im Fachausschuss Siedlung, Verkehr, Natur, Landschaft und der Arbeitsgruppe Wohnbau der SP Aargau. Meine politischen Schwerpunkte liegen im Bereich Umwelt und Energie und im Einsatz für eine soziale, ökologische und nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft.

Was motiviert Dich zum politischen Engagement?

Mich interessiert, wie das Zusammenleben und die Kultur funktionieren und wie die Gesellschaft in eine nachhaltig gestaltete Zukunft geführt werden kann. Ich will nicht einfach zusehen, wie soziale Werte und Menschenrechte verloren gehen.

Werner Erni von Möhlin ist Präsident der SP Möhlin und seit anfangs Mai SP-Grossrat. Die Fragen stellte Katharina Kerr.

Wahlcampagne

Ende April haben drei Campaignerinnen mit ihrer Arbeit für die SP Aargau begonnen: Päivi, Renate und Zoe. Anfang Mai legten sie direkt mit dem Mitgliedertelefonieren in Aarau los. Zusammen mit Freiwilligen riefen sie alle SP-Mitglieder an und begeisterten sie, bei der Basiskampagne mitzumachen. Es freut uns sehr, dass wir ein so motiviertes und kompetentes Team für die Wahlen haben.

Päivi Lehmann kommt aus Langenthal und studiert Rechtswissenschaften in Bern. Ihr ist es wichtig, dass die Mitarbeit an der Kampagne nicht nur als Pflicht wahrgenommen wird, sondern dass die vielen Freiwilligen Spass dabei haben. Angesprochen auf die Ziele für den 20. Oktober sagt Päivi:



Claudio Bernet von Bern ist politischer Sekretär der SP Aargau.

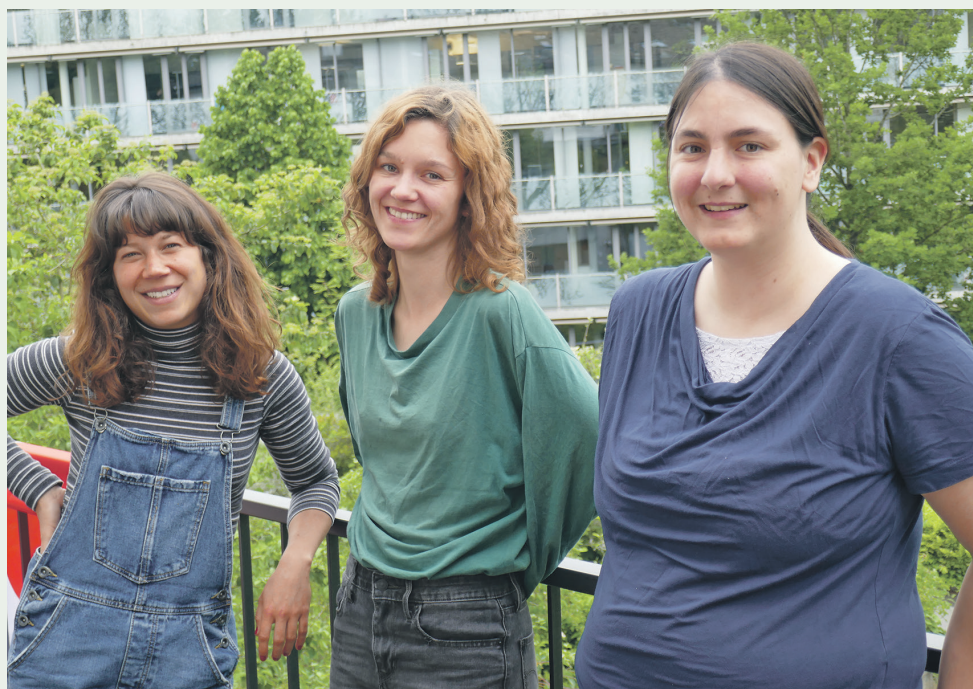
«Ich will auf eine tolle Kampagne zurückblicken können mit vielen neuen Erfahrungen und einem Linksrutsch natürlich, was denn sonst!»

Renate Takacs hat die Ziele der Kampagne schon verinnerlicht, sie geht davon aus, «dass wir im Aargau mindestens den dritten

Nationalratssitz zurückholen und mit Cédric den Ständeratssitz erfolgreich verteidigen werden.» Sie kommt aus Münchenstein und hat für die Stelle bei der SP Aargau ihre Anstellung als Pöstlerin an den Nagel gehängt. Über die Freiwilligen kann sie nur Gutes berichten: «Um ein Beispiel zu nennen: Am Donnerstag habe ich mich mit zwei Mitgliedern in Möhlin getroffen, die die Verantwortung für die Quartierumfrage am Samstag übernehmen. Ganz spontan machten sie am Donnerstagabend zu zweit schon eine Tour. Das zeigt, wie motiviert wir alle sind.»

Die dritte Campaignerin im Bunde heisst Zoe Lehmann, kommt aus Zürich und studiert African Studies in Basel. Für die kommenden vier Monate wünscht sie sich, dass sie den Mitgliedern zeigen kann, wie viel die Basiskampagne zur Vernetzung innerhalb der SP und über die Sektionsgrenzen hinaus beitragen kann und dass sie diese Möglichkeit mit Freude und Neugierde nutzen. Sie erhofft sich einen regen Austausch und eine spannende Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern, um gemeinsam einen Linksrutsch im Herbst zu erreichen.

Die Campaignerinnen befinden sich aktuell schon in der nächsten Kampagnenphase. Sie sind damit beschäftigt, zusammen mit den Freiwilligen von Tür zu Tür zu gehen. Hierzu meint Päivi: «Ehrlich gesagt macht mir die Quartierumfrage mehr Spass, als ich erwartet hätte. Jede neue Tür, die sich öffnet, ist mit einem kleinen bisschen Nervenkitzel verbunden, da man nie weiss, wer auf der anderen Seite steht. Die Gespräche, die entstehen, sind spannend.»



Die Campaignerinnen der SP Aargau. Von links: Zoe Lehmann, Päivi Lehmann, Renate Takacs.

**Willst du dich engagieren?
Melde dich bei den Campaignerinnen:
sp-aargau.ch/mitmachen**

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau
Telefon 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch, www.sp-aargau.ch
Auflage links.ag 3255
Erscheint 6 Mal pro Jahr
Redaktion: Katharina Kerr, katkerr@katkerr.ch
Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 11. Juni 2019
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 29. Juli 2019
Erscheinen nächste Ausgabe: 14. August 2019

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Claudio Bernet, Carole Binder-Meury, Werner Erni, Urs Hofmann, Katharina Kerr, Rolf Schmid, Gabriela Suter, Cédric Wermuth.

AGENDA

13. August 2019, 19 Uhr, der Ort wird rechtzeitig bekanntgegeben
ao. Parteitag (Regierungsratswahlen)
17. August 2019, ab 16 Uhr, Arbeiterstrandbad Tennwil
Fest der Solidarität der SP Aargau und des Aargauischen Gewerkschaftsbunds mit Jacqueline Fehr, Zürcher SP-Regierungsrätin, und Kevin Kühnert, Bundesvorsitzender Jusos Deutschland, Musik Frank Powers (Brugg) und DJ Beatween (Aarau).
7. September 2019, 16–21 Uhr, Schlossplatz Aarau
Wahleröffnungsfest
18. September 2019, 19 Uhr
ao. Parteitag
20. Oktober
Eidgenössische Wahlen